

# Das Kreuz mit der Windkraft

Energiewende ja bitte – doch an den Rotoren scheiden sich die Geister

**Kreis Hildesheim (wü).** Es ist schon ein Kreuz mit der Windenergie. Die Mehrheit der Bürger steht hinter der Energiewende, je nach Umfrage wollen bis zu 80 Prozent der Bevölkerung, dass der Strom künftig aus regenerativen Quellen kommt. Doch wenn es um den Bau von Windrädern vor der eigenen Haustür geht, schlägt die Stimmung meist um. Hauptsorge vieler Anlieger: Die Landschaft wird verschandelt, die Rotoren werfen Schatten, die Anlagen machen Lärm.

Die Konflikte dürften in den kommenden Jahren wohl noch zunehmen. Wie mehrfach berichtet, will der Landkreis insgesamt mehr Flächen für Windkraft ausweisen, auf denen dann auch höhere Windräder stehen sollen. Auslöser ist neben der technischen Entwicklung der Anlagen an sich auch das politische Ziel, die Region bis zum Jahr 2050 komplett über regenerative Energiequellen mit Strom zu versorgen (siehe Text unten).

Doch ob wie jetzt in Heinum, Eberholzen, Lechstädt oder Holle: Sobald Pläne für den Bau von Windparks an die Öffentlichkeit dringen, regt sich Widerstand ge-

gen den Bau der bis zu 180 Meter hohen Mühlen. Wie aber lassen sich solche Konflikte entschärfen? Welche Formen der Bürgerbeteiligung sind möglich? Wie können die Planungsprozesse möglichst transparent gestaltet werden? Und wie kann eine finanzielle Beteiligung der Bürger an Windkraftprojekten aussehen? Antworten sollte ein „kommunalpolitisches Forum“ der Grünen-Kreistagsfraktion im Kreishaus geben. Auf dem Podium: Planer und Experten auf dem Gebiet der Ökoenergie.

Größtmögliche Transparenz statt Geheimniskrämerei lautete der Rat von Doreen Fragel von der Energieagentur Göttingen. Zum weiteren Ausbau der Windenergie habe es in Stadt und Landkreis Göttingen in allen Gemeinden Informationsveranstaltungen gegeben. Um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen, böten alle Investoren den Bürgern eine finanzielle Beteiligung an den Windparks an. Zudem setzte die Region verstärkt auf die Gründung von Bürgergesellschaften und Energiegenossenschaften.

Fragel legte den hiesigen Kommunen

eine möglichst frühzeitige Beteiligung der Bürger ans Herz. In der Stadt Göttingen zum Beispiel hätten sich Politiker, Einwohner und Investoren zunächst an einen Tisch gesetzt und erst danach den Entwurf für Windkraftgebiete im Flächennutzungsplan angefertigt. „Das hat wunderbar funktioniert, ich kann das zur Nachahmung nur empfehlen.“

Die Göttinger Energieagentur bietet auch Infoveranstaltungen zu Themen an, die als Argumente gegen Windkraft ins Feld geführt werden. Unabhängige Experten erklären zum Beispiel, ob die Nähe zu Windrädern den Wert von Immobilien tatsächlich drücken oder wie die Rotoren sich auf die Tierwelt auswirken. Im Angebot sind zudem Besichtigungen von Windkraftanlagen. „Nur wer sie aus der Nähe sieht und hört, kann sich ein objektives Urteil bilden“, sagte Fragel.

Neben frühzeitigen Informationen „über die gesetzlichen Vorgaben hinaus“ setzt auch die Region Hannover auf die Gründung von Energiegenossenschaften. „Das steigert die Akzeptanz bei den Bürgern ganz erheblich“, sagte Eike Müller von der Klimaschutzagentur der Region.

Das kann Walter Busch aus Eime nur bestätigen. Er hat zusammen mit 68 Gesellschaftern vor 20 Jahren auf dem Sonnenberg mit die ersten Windräder im Landkreis errichtet. „Es gab nur sehr wenig kritische Stimmen.“ Allerdings sind die Gittermasten der Mühlen gerade 40 Meter hoch, neue Anlagen bringen es auf bis zu 160 Meter. „Da gibt es schon viele kritische Stimmen“, sagte Busch.

Jürgen Flory, als Regionalplaner zuständig für das neue Raumordnungsprogramm (ROP) des Landkreises Hildesheim, verwies darauf, dass der Gesetzgeber den Bau von Windkraftanlagen privilegiert habe. „Doch wie viel Flächen Kommunen zur Verfügung stellen müssen, hat er leider offen gelassen.“ Der Landkreis weise im neuen ROP mögliche Flächen für Windparks zwar aus, doch über die Größe, Zahl und Standorte der Rotoren könnten die Städte und Gemeinden über ihre Flächennutzungspläne selbst entscheiden.

## Windkraft soll Schub bringen

Noch klingt es wie Zukunftsmusik: Bis zum Jahr 2050 könnte die Strom- und Wärmeversorgung laut Klimaschutzprogramm des Landkreises komplett aus regenerativen Energiequellen stammen, überwiegend aus Photovoltaik-, Biogas- und Windkraftanlagen sowie Holzheizkraftwerken. Der Windenergie soll dabei eine entscheidende Rolle zukommen. Aktuell sind im Kreisgebiet 72 Windräder mit einer Gesamtleistung von 87 Megawatt installiert. Sie erzeugen jährlich rund 150 Millionen Kilowattstunden Strom und versorgen somit rein rechnerisch 43000 Haushalte. Derzeit stellt die Kreisverwaltung mit einer Novellierung des Regionalen Raumordnungsprogramms die Weichen für einen kräftigen Ausbau der Windenergie. Es sieht bis zu 20 sogenannte

Vorranggebiete für Windkraftanlagen vor, die meisten davon befinden sich im nördlichen Landkreis. Das Klimaschutzprogramm schlägt zwei Szenarien für den Windkraftausbau vor. Eine „moderate“ Variante, bei der ein Großteil der Altanlagen „repower“, also durch neue und wesentlich leistungsstärkere ersetzt wird. Deren Ertrag wird auf 500 Millionen Kilowattstunden geschätzt. Die „engagierte Variante“, sie könnte auf das Dreifache kommen, setzt auf den massiven Bau von Windrädern und eine Ausweitung der Standorte. Das ginge wohl nur, wenn der derzeit geltende Mindestabstand von fünf Kilometern zwischen Windparks entfiel und andere Schutzbestimmungen gelockert würden. In den einzelnen Gemeinden dürfte das politisch aber kaum durchsetzbar sein. (wü)